

## Revolution ohne Vision

*Hans Widmer, Nationalrat SP (Luzern) – links.ch 12/07*

Mit dem von der SP initiierten Bildungsartikel sagte das Stimmvolk Ja zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Bildungsbereich. Diese soll nun mit dem Gesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) für den Hochschulraum Schweiz konkretisiert werden. Eine gemeinsame Planung und Koordination durch Bund und Kantone stärkt den Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz. Sie bietet die Möglichkeit für mehr Chancengleichheit, bessere Qualität und mehr Effizienz. Die SP erwartet, dass die vorhandenen Mittel für eine qualitativ hochstehende Lehre und Forschung ausgegeben werden und nicht für Strukturhaltung und Doppelspurigkeiten verpuffen. Eine behutsame Portfolio-Bereinigung der angebotenen Fächer ist unumgänglich. Nicht jede Hochschule soll alles anbieten, was sie anbietet aber in hoher Qualität!

Die Verantwortung für die Koordination übernimmt der Schweizer Hochschulrat, in dem der Bund und alle Kantone vertreten sind. Um die Autonomie der Hochschulen zu gewähren, sollen diese die Planungsgrundsätze selber erarbeiten. Nur in den kostenintensiven Bereichen wie der Medizin, soll künftig von oben entschieden werden. Die Federführung liegt hier beim Bund und wahrscheinlich bei einem einzigen Departement. Damit würde die alte SP-Forderung einer Bündelung aller für Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik zuständigen Bundesämter in einem einzigen Departement endlich erfüllt!

Knackpunkt der Gesetzes sind wie so oft die Finanzen. Unsere Hochschulen müssen nicht nur autonom in Forschung und Lehre sein, sondern ebenso finanziell unabhängig von der Wirtschaft, was eine punktuelle Zusammenarbeit natürlich nicht ausschliesst. Zudem wehrt sich die SP gegen einseitige Eliteförderung: Wir wollen nicht Exzellenz nur für einige wenige, sondern hochstehende Bildungsangebote für möglichst viele Menschen.

Klar gesetzlich geregelt werden auch die Bundesbeiträge an Hochschulen und Forschung. Hier wird sich zeigen, ob die bürgerlichen Parteien in den Budgetdebatten auch die entsprechenden Mittel sprechen oder ob das Gesetz toter Buchstabe bleibt – wie bei der Berufsbildung. Bildung ist nicht gratis zu haben und gerade die Forschung droht hier zur sparpolitischen Manövriermasse zu werden. Steuersenkungen für die bürgerliche Klientel könnten schlussendlich zu Lasten des Wissensstandortes Schweiz gehen.

Bezüglich Zusammenarbeit ist das HFKG eine kleine Revolution in der Bildungslandschaft Schweiz. Letztlich ist es jedoch eine Revolution ohne Visionen und ohne klare Richtung. Der vorliegende Entwurf ist ein reines Organisationsgesetz. Planungsprozesse und die Finanzierung werden fein säuberlich festgelegt, das Umfeld der Hochschulen wird jedoch nicht berücksichtigt. Die internationale Zusammenarbeit wird nur am Rande erwähnt und die direkt betroffenen – die Studierenden – bleiben aussen vor. Deren Mitsprache muss im Vergleich zur vorliegenden Fassung noch deutlich ausgebaut werden. Und völlig unverständlich: Die längst fällige Harmonisierung des Stipendienwesens wird auch hier nicht in Angriff genommen. Ein koordinierter Hochschulraum Schweiz macht aber nur Sinn, wenn auch die sozialen Rahmenbedingungen angepasst werden. Hier müssen wir gemeinsam mit den Rektoren und Studierenden den Druck noch massiv erhöhen. Sonst wird die Chancenungleichheit weiterhin zementiert: Koordination bei den Hochschulen – aber weiterhin soziale Selektion und Wildwuchs bei den Stipendien.

Das Gesetz bietet eine gute Ausgangslage für einen Harmonisierungsprozess, welcher gerade erst gestartet ist und weitergeführt werden muss. Beharren die bürgerlichen Parteien jedoch weiterhin an ihrem rigiden Sparkurs, nützt auch das beste Organisationsgesetz nichts um den Abstieg des Hochschulraumes Schweiz in die zweite Liga zu verhindern. Und weiterhin braucht es für ein Hochschulstudium nicht unbedingt einen cleveren Kopf, sondern vor allem reiche Eltern.